

**Kopffeld
FREI!**

Beratung und Verkauf:
Fredy Kretz, print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
mail: fredy.kretz@kretzgmbh.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

NEIN ZUM FAMILIENARTIKEL

Eigen- und Fremdbetreuung gehen Hand in Hand – ohne Verfassungsartikel und Einmischung des Bundes

Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Tagesschulen werden in der Schweiz heute als Ergänzung und Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und Erziehung gesehen. Sie sind keine Konkurrenz und kein Ersatz für die Familie. Sie bieten das an, was Familien benötigen. Sie decken die Nachfrage und Wünsche der Eltern ab.



NATIONALRÄTIN
NADJA PIEREN
VIZEPRÄS. SVP
BURGDORF (BE)

Als Betreiber von externen Kinderbetreuungsangeboten stehen wir in engem Kontakt mit den Eltern und schaffen passende Angebote. Vorschriften von Seiten des Staates haben wir bereits genügend.

Einige davon sind richtig und notwendig, vor allem wenn es um die Sicherheit oder die Gesundheit der Kinder geht. Andere grenzen an Bevormundung oder Behinderung, zum Beispiel die sehr engen Vorschriften von Hygiene oder die Lebensmittelvorschriften. Kinder sollen in einem externen Betreuungsangebot in einer natürlichen Umgebung ihren Tag verbringen können. Ein allzu klinisches Umfeld ist weder natürlich noch kindgerecht.

Es ist viel wichtiger zu wissen, welche Wünsche und Vorstellungen die Eltern haben und den Kindern einen glücklichen Alltag zu gewährleisten, statt den Betrieb durch viele staatliche, zeit- und personalaufwändige Vorschriften zu blockieren. Die Kundenzufriedenheit soll im Vordergrund stehen.

Freier Markt anstelle von staatlichem Zwang

Die Motivation und das Engagement sollen im Vordergrund stehen. Eine natürliche Konkurrenz soll die Anbieter zwingen, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Leistungen zu erbringen.

Durch flächendeckende staatliche Angebote wird das verloren gehen. Ein möglichst freier Markt ist für

das Wohl der Kinder, welches klar im Vordergrund stehen muss, ein hohes Verantwortungsbewusstsein und die Liebe zu den Kindern die beste Lösung.

Nur ein freier Markt lässt die Vielfalt und die Kreativität der verschiedenen Institutionen zu und garantiert den notwendigen Wettbewerb.

Die bedeutet für uns Anbieter im Alltag regelmässige Anstrengungen, gibt uns aber die Gewissheit, auf dem richtigen Weg zu sein. Wir bieten das an, was Kinder und Eltern in unserer unmittelbaren Umgebung – sei es in einer Stadt oder auf dem Lande – benötigen und nicht, was der Bund und seine Bildungsbürokratie und theoretischen Betreuungsexperten als Grundsätze festlegen.

Eine im Januar 2013 veröffentlichte Studie der Universität Freiburg zeichnet unter dem Titel «Bildungsort Familie» ein sehr differenziertes Bild des Umfeldes, in dem Vorschulkinder in der Schweiz aufwachsen. Unter anderem wird dort festgestellt, dass die innerfamiliäre Betreuung und Förderung heute unterschätzt wird. Die Fremdbetreuung ist laut dieser Studie weitverbreitet und wird rege genutzt, auch ohne bevormundenden staatlichen Zwang, wie es der Familienartikel fordert.

Ihr Einfluss auf die Entwicklung der Kinder sei aber weniger ausgeprägt, als viele andere Studien uns bisher weismachen wollen. Ich werte dies keineswegs als Kritik oder Geringschätzung unserer Arbeit in der externen Kinderbetreuung, sondern vielmehr als Mahnung an die Politik und die Behörden, welche allzu oft in einen Aktivismus verfallen, wenn es darum geht, ihre Kompetenzen und Aufgaben auszuweiten.

Umkehr des Konzepts der Familienpolitik aus ideologischen Gründen

Die erwähnte Studie fokussiert auf Mittelschichtfamilien, nicht auf solche aus sozial schwierigen Verhältnissen. Den umgekehrten Ansatz, nämlich die Fokussierung auf sozial schwache Familien, verfolgen viele andere Untersuchungen. Genau darauf stützen sich einseitig dann letztlich auch viele Politiker und die staatliche Betreuungsbürokratie und -industrie. Sie erheben Problemfälle zum Standard, machen sie sozusagen zum Regelfall und leiten daraus die Notwendigkeit für noch weitergehende Gesetze und mehr staatliches Eingreifen oder – wie in diesem Fall – einen neuen Verfassungsartikel ab. Damit wird wieder einmal mehr die grosse Mehrheit der mittelständischen, durchaus erziehungskompetenten Eltern marginalisiert, wenn nicht gar verunglimpft.

So wird auch klar, dass es sich beim neuen Familienartikel ideologisch um eine grundsätzliche Umkehr des Konzepts der Familienpolitik handelt. Bisher ging man von einer überwiegenden Mehrheit von eigenverantwortlich handelnden Eltern aus, die frei entscheiden wollen und können, wie sie ihren familiären Alltag gestalten und selber festlegen, ob und wie viel Fremdbetreuung ihre Kinder erhalten sollen.

Dieses Konzept soll nun durch einen Verfassungsartikel ohne Rücksicht auf die Realität überrollt werden. Ich setze mich für ein freies, wirtschaftliches und bedarfsgerechtes Angebot an externen Betreuungsplätzen ein und wehre mich gegen eine staatliche Kinderbetreuungsindustrie. Darum muss der Familienartikel am 3. März zwingend abgelehnt werden.

Parolen zur Volksabstimmung vom 3. März 2013

Eidgenössische Vorlagen

- 1. Bundesbeschluss über die Familienpolitik **NEIN**
- 2. Volksinitiative «gegen die Abzockerei» **JA**
- 3. Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz) **NEIN**

Kantonale Vorlagen

- 1. A. Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule **JA**
- 1. B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten **NEIN**
- 1. C. Stichfrage **Vorlage A**
- 2. Steuergesetz (Änderung Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer) **JA**
- 3. Mittelschulgesetz (Änderung Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen) **NEIN**
- 4. Beschluss des Kantonsrates über die Behandlung der Einmaleinlage und der Arbeitgeber-Beiträge zur Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal beim mittelfristigen Ausgleich **NEIN**

Fotovoltaik

Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T. 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Der Zürcher Bote» im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
Tramstrasse 11
8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredy.kretz@kretzgmbh.ch

IMBACH

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Gregor Rutz, Nationalrat SVP, Küssnacht:

«Weniger Bauland heisst höhere Preise und Mieten. Verlierer sind Familien, Mittelstand und Gewerbe!»

Am 3. März
RPG-Revision
NEIN

Überparteiliches Komitee «Nein zur massiven RP-G-Revision»
Postfach 804, 3000 Bern

Von Bubenberg zum Bubenstreich



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Die Museen wollte er fusionieren. Nämlich das Kunstmuseum Bern und das Paul Klee-Zentrum. Die Partei hingegen wollte er spalten. Nämlich die BDP von der SVP. Ein Berner namens Lorenz Hess brachte es früher bloss zu Berner Schlagzeilen: Er verbot den kantonalen Beamten Facebook. Er wollte den Schlittschuhclub Langnau ebenso retten wie die Kartonfabrik Stettlen. Von Kandidaturen für den Regierungsrat oder fürs Präsidium des Schweizerischen Gewerbeverbandes zog er sich jeweils frühzeitig zurück.

Zum Präsidenten des Berner Jägerverbandes aber wurde Lorenz Hess («Tiere jagen bedeutet Tiere verstehen») immerhin gewählt. Denn der BDP-Politiker versprach, er wolle die «Jäger aus der politischen Schusslinie heraushalten». Und sagte darum völlig unpolitisch: «Die BDP hat den höchsten Anteil an Jägern.» Neuerdings macht Hess Jagd auf das Bankkündengeheimnis. Und brachte es damit letztes Wochenende erstmals zu nationalen Schlagzeilen. Die Schweiz müsse mit der EU über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen sprechen. Er sei «zuversichtlich, dass BDP-Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ein entsprechendes Modell zur Diskussion stellen werde».

Autsch. Jetzt hat Frau Widmer-Schlumpf doch eben noch vehement bestritten, je das Wort «automatisch» gebraucht zu haben. Und schon entnimmt sie ihrer Trickkiste die Schachfigur Lorenz Hess, um den automatischen Informationsaustausch als «Chance für einen Strategiewechsel» zu verkaufen. Statt des BDP-Präsidenten musste diesmal der Vizepräsident herhalten. Denn Martin Landolt konnte als UBS-Söldling in dieser Sache dann doch nicht gut vorgeschoben werden.

Die Nebel lichten sich. BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat sich vor ihrer Wiederwahl der SP mit der Preisgabe des Bankgeheimnisses verpfändet. Ihrem etatistischen Wesen entspricht es, das Vertrauen des Staates in mündige Bürger durch das Misstrauen des Staates in gläserne Bürger zu ersetzen. Da kommt ihr der Ex-Bundesbeamte und PR-Berater Lorenz Hess gerade recht. Einst durfte er für Samuel Schmid in der Geheimgruppe «Bubenberg» eine Berner Abspaltung von der SVP mitplanen. Jetzt darf der Bubenberger für Eveline Widmer-Schlumpf die Bestattung des Bankgeheimnisses mitplanen. Als neuesten Bubenstreich. Weil der Ausdruck «Mädchenstreich» nicht existiert.

ABSTIMMUNGSBESCHWERDE EINGEREICHT

Befürworter des Familienartikels und der Bundesrat täuschen die Stimmbürger

Der Bundesrat, die Behörden und die Befürworter des Familienartikels in der Bundesverfassung schweigen sich über die Kostenfolgen des neuen Verfassungsartikels über die Familienpolitik konsequent aus. Dies ist unredlich und aus demokratischer Sicht mit Blick auf einen zu fällenden Volksentscheid unhaltbar. Deshalb reichte die SVP diese Woche eine Abstimmungsbeschwerde ein.

Die Argumentation des Bundesrates und des befürwortenden Komitees zum Verfassungsartikel über die Familienpolitik weist Lücken und Verschleierungen auf.

Abstimmungsbüchlein

Der Bundesrat stellt ein klares Förderungsziel in den Raum: «Dieser [der Verfassungsartikel] verpflichtet Bund und Kantone, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung zu fördern.»

Der Bundesrat hält in seinen Abstimmungsempfehlungen zudem klar fest, dass «mehr familien- und schulergänzende Betreuungsplätze» geschaffen werden müssen und der neue Verfassungsartikel dafür die Basis bildet. Die Ausbauziele sind deutlich deklariert: «Kantone, Gemeinden, die Wirtschaft und Private sollen ihr bisheriges Engagement verstärken. Der Bund kann mit dem neuen Verfassungsartikel gezielt dort aktiv werden, wo diese Bestrebungen nicht ausreichen.» Damit ist klar gesagt, dass der Verfassungsartikel Massnahmen mit Kostenfolge auf verschiedenen Stufen nach sich ziehen wird. So spricht der Bundesrat dann auch explizit davon, dass er mit dem neuen Verfassungsartikel Massnahmen «finanziell unterstützen» kann. Über die finanziellen Folgen schweigt sich der Bundesrat jedoch konsequent aus. Diese könnten «noch nicht beziffert werden».

Der Bundesrat hätte im Abstimmungsbüchlein zumindest Grössenordnungen möglicher Massnahmen nennen müssen. Wie viel kostet eine bestimmte Anzahl zusätzlicher Krippen- oder Tagesschulplätze? Er gibt

sich weder die Mühe, den Bedarf zu quantifizieren noch nennt er im Abstimmungsbüchlein irgendeine Zahl, welche es den Stimmberechtigten erlauben würde, bisherige oder künftige Kosten für die «Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit» oder für «ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- oder schulergänzenden Tagesstrukturen» abzuschätzen. Dies ist unredlich und irreführend.

Dies ist umso unverständlicher, als beispielsweise vor dem Hintergrund der Unternehmenssteuerreform II noch immer eine Diskussion über vermeintlich nicht korrekt geschätzte Kosten in den Abstimmungsempfehlungen läuft. Im Zusammenhang mit dem Verfassungsartikel über die Familienpolitik nimmt sich der Bundesrat nicht einmal die Mühe, überhaupt eine Mengen- und Kostenschätzung vorzunehmen!

Aus diesem Grund hat die SVP eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht. Es kann nicht sein, dass die Stimmberechtigten über das zentrale Element der möglichen Kosten bewusst im Unwissen gelassen werden.

Medienkonferenz des Bundesrates

Auch anlässlich der Medienkonferenz des Bundesrates vom 18. Januar 2013 weigerten sich Bundesrat Berset und die weiteren anwesenden Behördenvertreter konsequent, Angaben zu möglichen Kostenfolgen des Verfassungsartikels zu machen, selbst auf Nachfrage von Journalisten. Es wurde zwar immer wieder betont, es gäbe zu wenige Betreuungsplätze. Zu den möglichen Zahlen und Kosten wollte

Bundesrat Berset partout keine Aussagen machen. Er meinte nur: «Es wäre abenteuerlich, viel präziser zu sein.» Ein solches Vorgehen ist aus finanzpolitischer Hinsicht in der Tat als «abenteuerlich» zu taxieren. Aus demokratischer Sicht und mit Blick auf einen zu fällenden Volksentscheid ist es zudem mehr als nur bedenklich, es ist unredlich und irreführend.

Bedarfsschätzungen der Befürworter des Familienartikels

Die Befürworter des Familienartikels referenzieren beim Bedarf an familienergänzenden Betreuungsangeboten im Vorschulalter noch heute auf eine Studie aus dem Jahr 2005 (Bericht zum NFP 52 «Familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz»). Auch die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates nimmt diese Studie als Basis. Gemäss dieser sollen hierzulande für mindestens 120 000 Kinder Betreuungsangebote fehlen. Dies entspricht 50 000 Betreuungsplätzen. Abgesehen davon, dass seit 2005 zusätzliche Angebote entstanden sind, würde dieser Bedarf allein im Bereich des Vorschulalters Vollkosten von gegen CHF 1,5 Milliarden nach sich ziehen. Nimmt man internationale Zielvorgaben, liegen die Kosten gar noch um einiges höher. Hinzu kommen die ausserschulischen Betreuungsangebote, welche sich auf eine Basis von dreimal mehr Kindern als im Vorschulalter beziehen. Weitere Forderungen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie etwa ein Eltern- oder Vaterschaftsurlaub stehen zudem im Raum (geschätzte jährliche Kosten: CHF 1,2 Mrd.).

Es ist unehrlich, die Kostenseite auszublenken, dient der neue Verfassungsartikel doch einzig dem Ziel, eine staatliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verankern und das Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen auszubauen.

Die grundsätzliche Berücksichtigung der Bedürfnisse der Familie findet sich nämlich bereits heute in der Verfassung. Dazu braucht es keinen neuen Artikel in der BV! Die Befürworter des Verfassungsartikels über die Familienpolitik treiben hier ein falsches Spiel.

Die SVP hat hochgerechnet

Rechnungen der SVP haben ergeben, dass die totalen jährliche Kosten für alle Steuerzahler (unabhängig, ob kinderlose Paare, Rentner oder Singles) auf 12 Mrd. Franken zu stehen kommen.

Jährliche staatliche Mehrausgaben von 12 Milliarden Franken würden für den Steuerzahler zum Beispiel eine Erhöhung der MwSt. von rund 4,4 Prozent bedeuten. Am meisten betroffen von höheren Steuern wären dabei ausgerechnet die Familien! Dies hätte zur Folge, dass junge Eltern aus finanziellen Gründen nicht mehr die Wahlfreiheit hätten, welches Familienmodell sie leben möchten. Sie wären gezwungen, dass beide Elternteile arbeiten gehen müssen, um ihr Leben finanzieren zu können (siehe Schweden und andere europäische Länder).

Weitere Argumente, Unterlagen und die genauen Hochrechnungen sind auf www.svp.ch zu finden.

LEERE WORTE STATT TATEN

Frau Sommarugas «Asyl-Wurf» ist eine Illusion!

Der aus dem Departement von Bundesrätin Sommaruga bereits zum wiederholten Mal angekündigte grosse «Asyl-Wurf» mit Bundeszentren für 6000 Asylbewerber ist eine folgenschwere, teure Illusion, mit der die dringende Lösung der chaotischen Zustände im Asylbereich einmal mehr auf die lange Bank geschoben wird.



HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Nachdem sich die Zahl der Asylgesuche innert weniger Jahre auf fast 30 000 verdreifacht hat und das Asylwesen jährliche Gesamtkosten von rund zwei Milliarden (2000 Millionen!) Franken verursacht und die Asylantenkriminalität explodiert, muss die verantwortliche Bundesrätin endlich handeln, statt als Ankündigungsministerin und blosser Problemverwalterin in die Geschichte einzugehen.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will endlich Taten sehen.

Die für Scheinflüchtlinge hohe Attraktivität der Schweiz muss – zugunsten der echten Flüchtlinge – massiv gesenkt werden.

Sofortmassnahmen unverzüglich vollziehen

Dazu braucht es den politischen Willen und eine klare Führung durch die verantwortliche Departementsvorsteherin.

Sie muss unser Asylrecht endlich konsequent durchsetzen und die Fristen massiv verkürzen.

Zudem hat sie die vom Parlament beschlossenen Sofortmassnahmen unverzüglich zu vollziehen, das heisst unter anderem:

1. Dienstverweigerer und Deserteure (im Jahr 2012 über 4000 Gesuch-

steller aus Eritrea) sind keine Flüchtlinge.

2. Renitente Asylanten sind in besondere Unterkünfte einzuweisen.

Falls das Asylchaos von den Verantwortlichen in Bundesbern nicht rasch behoben wird, weil der politische Wille fehlt, wird die SVP eine Volksinitiative mit folgender Stossrichtung lancieren müssen:

Alle Asylverfahren werden innert 4–6 Wochen in geschlossenen Bundeszentren durchgeführt und definitiv entschieden; es gibt nur eine Rekursmöglichkeit an eine verwaltungsinterne Instanz, wie dies früher der Fall war.

Das wird die Schweiz für Scheinflüchtlinge unattraktiv machen und das Chaos beenden.

Volkswahl des Bundesrates

Am kommenden 9. Juni 2013 wird das Schweizer Volk über die SVP-Initiative «Volkswahl des Bundesrates» abstimmen können. Wahlgremium für den Bundesrat bildet neu das Schweizer Volk und nicht mehr das Parlament. Dies entspricht dem bewährten Modell der Regierungswahlen in den Kantonen. Die Volkswahl bringt eine Stärkung der direkten Demokratie und eine bessere Kontrolle der Macht. Ebenso wird der Bundesrat gestärkt, da er direkt durch das Volk legitimiert wird. Weiter wird am kommenden 9. Juni auch über dringliche Änderungen im Asylgesetz abgestimmt. Linke Organisationen und die Asylindustrie haben dazu das Referendum ergriffen. Sie torpedieren damit die Abschaffung des Botschaftsverfahrens und vor allem die Abschaffung der Wehrdienstverweigerung als Asylgrund. Die SVP wird sich mit aller Kraft für die Umsetzung dieser vom Parlament klar beschlossenen dringlichen Gesetzesänderungen stark machen.

WEF 2013

Bundespräsident Maurer spricht Klartext

Bundespräsident Ueli Maurer hat in seiner Begrüssungsrede am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos den Druck grosser Staaten auf erfolgreiche kleinere Konkurrenten kritisiert. Die Mächtigen würden so den Wettbewerb abwürgen. Maurer betonte, dass die Vielfalt der Schweiz auch zu Wettbewerb führe – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik.

rw. «Die eigenen Rahmenbedingungen zu verbessern ist harte politische Arbeit. Gerade grosse Staaten kommen in Versuchung, darauf zu verzichten», sagte Maurer. Stattdessen setzen sie kleinere Standort-Konkurrenten unter Druck, damit diese ihre Rahmenbedingungen verschlechtern müssten. Maurer spielte damit etwa auf den Druck mehrerer grosser Staaten wie die USA,

Deutschland und Frankreich auf den Schweizer Finanzplatz und das Bankgeheimnis an.

Ueli Maurer sagte weiter: «An den verschiedenen Landessprachen sehen Sie, wie vielfältig die Schweiz ist. Diese Vielfalt macht den kulturellen Reichtum unseres Landes aus. Und sie prägt uns auch gesellschaftlich und politisch. Darum ist die Schweiz ein Bun-

desstaat, der aus 26 Kantonen besteht. Nun könnte man vielleicht denken, auf so kleinem Raum wie der Schweiz nochmals 26 kleine Staaten zu haben, das sei nicht gerade effizient. Für unser Land hat sich diese Vielfalt aber als Segen erwiesen. Sie ist der Grund für die «widerstandsfähige Dynamik» der Schweizer Wirtschaft. Denn Vielfalt führt zu Wettbewerb. Das ist nicht nur

in der Wirtschaft so, sondern auch in der Politik. Wir haben einen Wettbewerb zwischen den Gemeinden und zwischen den Kantonen. Wir haben einen landesinternen Standortwettbewerb. Dieser führt zu guter Infrastruktur, zurückhaltender Reglementierung und zu tieferen Steuern. Davon profitieren Private ebenso wie Unternehmen.»

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Debatte um Finanzentwicklung 2014 bis 2017

Der Kantonsrat hat diese Woche an zwei Sitzungen 21 Anträge (Erklärungen) zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2014 bis 2017 (KEF) behandelt. Ein Antrag wurde zurückgezogen und somit nicht diskutiert. Nur 9 der verbleibenden 20 Anträge fanden eine Mehrheit im Rat. Von den 9 überwiesenen Anträgen hat die SVP-Fraktion 6 erfolgreich unterstützt und nur 3 ohne Erfolg bekämpft. Hier eine Auswahl der wichtigsten Anträge.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Lohntransparenz

Der erste Antrag aus der Finanzkommission wurde einstimmig überwiesen. Zur Verbesserung der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit wurde gefordert, dass in allen Leistungsgruppen ein neuer Indikator eingeführt wird, welcher die durchschnittlichen Lohnkosten pro Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe ausweist. **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) erklärte, dass der Regierungsrat für das Jahr 2013 folgende lohnwirksame Massnahmen beschlossen hat: Teuerungsausgleich 0 Prozent, individuelle Lohnerhöhungen 0,4 Prozent, zu finanzieren aus Rotationsgewinnen, Einmalzulagen 0,2 Prozent. Gemäss Medienmitteilung des Regierungsrats hätten diese 0,6 Prozent nicht zu einer Erhöhung der Lohnsumme führen sollen. Allerdings habe der Regierungsrat eine Tabelle vorgelegt, bei der die Lohnsumme zwischen Budget 2012 und KEF 2013 insgesamt um rund 4 Prozent ansteige. Dies bei einem Anstieg des Beschäftigungsumfanges von (lediglich) 2 Prozent. Auf Nachfrage sei von der Finanzdirektion bestätigt worden, dass sich die durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle im Vergleich zu 2012 insgesamt um 1,7 Prozent erhöhte. Aufgrund der im Rahmen der Budgetberatung gemachten Feststellungen der Finanzkommission dränge sich in der

Frage der Durchsetzbarkeit von Lohnrichtlinien der Regierung sowie der besseren Transparenz der durchschnittlichen Lohnkosten ein neuer Indikator auf. Dieser solle über alle Leistungsgruppen eine einfache, vergleichbare und nachvollziehbare Aussage zur effektiven Lohnkostenentwicklung liefern. Angesichts der Bedeutung und Entwicklung der Personalkosten im Staatshaushalt solle der Regierungsrat zur Steuerung zudem umfassende Richtlinien erlassen und durchsetzen.

Kultur

Gegen den Willen der SVP-Fraktion wurde ein Antrag der SP zum Thema Kultur überwiesen. Gefordert wurde eine Begrenzung des Kostenbeitrags Betrieb Opernhaus auf maximal 80 Prozent des Gesamtaufwandes der Fachstelle Kultur, ausgenommen Kostenbeitrag Bauvorhaben und Kostenanteil Opernhaus.

Veloanteil

Ebenfalls ohne die Unterstützung der SVP-Fraktion fand die Forderung nach einer Überprüfung der Wirksamkeit der verschiedenen Velofördermassnahmen eine Mehrheit.

Universität

Mit der Hilfe der SVP-Fraktion konnte ein Antrag der FDP zum Thema Universität zum Durchbruch verholfen werden. Konkret soll im Leistungsauftrag der Universität Zürich das Akquirieren von Drittmitteln aufgeführt werden. Dazu ist ein Anreiz-

system zu definieren, bei dem Drittmittelträge einen direkten Einfluss auf die kantonalen Leistungsbeiträge haben.

Aufwand pro Studierenden

Mit weiteren vier Anträgen konnte mit Hilfe der SVP-Fraktion erreicht werden, dass der Aufwand der Universität Zürich, der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, der Zürcher Hochschule der Künste und der Pädagogische Hochschule Zürich an den Beitrag des Kantons Zürich so reduziert wird, dass sie im Vergleich zu 2012 maximal im Verhältnis zu der Anzahl Studierenden zuzüglich Teuerung wächst.

Energetischen Sanierungen

Gegen den Willen der SVP-Fraktion fand eine Forderung zur Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten eine Mehrheit. **Stefan Krebs** (SVP, Pfäffikon) erklärte, dass der Normalprozess der Immobilienverordnung die energetische Sanierung von Gebäuden genügend berücksichtigt.

Seerestaurant

Nach Abschluss der KEF-Debatte konnte der Kantonsrat noch eine Motion von **Martin Arnold** und Mitunterzeichnern aus CVP und FDP behandeln.

Der Regierungsrat wurde beauftragt, dem Kantonsrat einen Richtplanbeschluss vorzulegen, welcher den Bau eines Seerestaurants im Bereich des Bürkliplatzes ermöglicht (siehe Kommentar, rechts).

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Seerestaurant am Bürkliplatz



MARTIN ARNOLD
KANTONS RAT SVP
OBERRIEDEN

Neben den Erklärungen zum «Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan» – kurz KEF genannt – befasste sich das Parlament auch mit erfreulichen Themen. Die KEF-Erklärungen sind zwar ein gut gemeintes Instrument, sie sind aber weitgehend nutzlos. Das Parlament brütet einen Tag lang über den Anliegen von verschiedenen Seiten, überweist oder überweist nicht. Schlussendlich entscheidet die Regierung, welche Aufträge des Parlaments sie schliesslich umzusetzen gewillt ist und welche nicht. Die KEF-Erklärung ist also ein recht zahnloses Instrument, welches jedem Parlamentarier die Arbeit vergraulen könnte.

Erfreulicher und weitaus konkreter war dann aber das letzte Geschäft des Tages. Mit einer Motion fordern **Marco Camin, Lorenz Schmid und ich**, dass am Bürkliplatz die planerischen Voraussetzungen für ein Seerestaurant geschaffen werden. Die Meinung ist nicht, dass der Staat selber bauen sollte – nein, investieren sollen Private. Der Kanton soll zusammen mit der Stadt lediglich einen Richtplaneintrag und damit die planerische Voraussetzung schaffen.

Im Bericht der Regierung war erwartungsgemäss von den negativen Auswirkungen auf die Unterwasserfauna und -flora zu lesen, sowie von den archäologischen Schätzen die es zu schützen gilt. Wäre der einstige Kantonsplaner **Arnold Bürkli (1833–1894)**

ein solcher Zögerer und Zauderer gewesen, Zürich hätte heute noch keine Quaianlage und wir würden dort vor einem Sumpf hocken. Der Rat (ohne die Grünen) zeigte sich von der Idee aber überzeugt und überwies den Auftrag mit 114 zu 39 an die Regierung. Nun wird es zweifellos noch Jahre gehen, bis ein solches Projekt umgesetzt ist. Ein Kollege spottete: «Wenn wir Glück haben, können die uns dann im Rollstuhl einmal dorthin karren».

Es gäbe da jedoch eine elegante, zweckmässige und ökologische Zwischenlösung.

Wie wäre es, wenn wir das Sorgenkind der Schifffahrtsgesellschaft – die **Panta Rhei** – vor dem Bürkliplatz fest verankern würden? Als schwimmende Restaurant-Plattform? Die Auswirkungen auf die Umwelt wären gleich null. Städtebaulich würde sich der Glasklotz bestens in die Skyline mit dem Prime Tower einfügen. Nach den teuren Reparaturen und den rechtlichen Auseinandersetzungen darum schwimmt sie zwar, aber fahren kann sie nicht besonders gut. Die Festverankerung wäre also ein perfektes Einsatzgebiet für dieses Schiff. Die Zürichseegemeinden müssten zwar auf die bunte Nachtbeleuchtung auf dem See verzichten, dafür würden die Uferzonen vor dem nach wie vor zu hohen Wellenschlag geschützt. Der Name «Panta Rhei» würde dabei bestens passen. Alles fliesst – wenn es um die Erfüllung von Wünschen breiter Bevölkerungskreise geht, zwar zähflüssiger als beim Verhindern von neuen Ideen, aber immerhin!

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... ein Postulat betreffend Strategie zum Thema Behinderung, Alter und Pflege überwiesen. ☺
- ... ein Postulat betreffend Photovoltaik in Landschaftsschutz zonen überwiesen. ☺
- ... ein Postulat betreffend Meldungsverpflichtung von interkommunalen Steuerauscheidungen an die Sitzgemeinde des/der Steuerpflichtigen überwiesen. ☺
- ... die Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2014–2017 (KEF) erledigt. ☺
- ... eine Motion betreffend Seerestaurant im Bereich des Bürkliplatzes überwiesen. ☺

28. Januar 2013

DAS NEUE SCHULPROJEKT DER SP-BILDUNGSDIREKTORIN

Ein falscher Schritt in die richtige Richtung

Letzte Woche informierte die Bildungsdirektion über ihr neustes Schulprojekt. Das neue Projekt heisst «Fokus Starke Lernbeziehungen». Als Hauptziel des neuen Schulprojekts sollen gemäss Bildungsdirektion weniger Lehrpersonen pro Schulklasse eingesetzt werden. Eine gute und notwendige Einsicht, dass es weder für die Schüler noch für die Lehrpersonen von Vorteil ist, wenn bis zu sieben verschiedene Lehrpersonen in der Primarschule für eine Klasse zuständig sind. Wie immer bei Schulprojekten muss allerdings zwingend auch das «Kleingedruckte» studiert werden.



PATRICK WALDER
VIZE-PRÄS. JSVP ZH
DÜBENDORF

Der Haken dieses Schulprojekts liegt darin, dass die Ressourcen aus verschiedenen Unterstützungs- und Fördermassnahmen in die Regelklassen umgelagert werden sollen. Schülerinnen und Schüler mit «besonderen pädagogischen Bedürfnissen» sollen weiterhin im Rahmen des Regelklassenunterrichts gefördert werden. Genau in diesem Grundsatz liegt allerdings das Problem der jetzigen Volksschule.

Mit dem Grundsatz gemäss Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 und den Ausführungsbestimmungen dazu, wonach Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer Nationalität und ihren pädagogischen Bedürfnissen, möglichst in die Regelklasse integriert werden müssen, kann der Qualitätsmangel in der Volksschule nicht behoben werden. Nur mit

einer Änderung dieses gesetzlichen Grundsatzes ist es möglich, die optimale schulische Förderung der Kinder zu erzielen. Da können sich noch so viele Schulprojekte den Problemstellungen annehmen, sie werden nie eine zufriedenstellende Lösung bieten.

Gefährdete Regelklassen

Es macht schlicht und einfach keinen Sinn, dass die Unterrichtsformen Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Integrative Förderung (IF), integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR), integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule (ISS), verschiedene Formen von Therapien und Begabtenförderung in der Regelschule integriert sind. Mit der Eingliederung dieser Unterrichtsformen in die Regelklasse werden durchschnittliche und begabtere Kinder, Kinder deutschsprachiger Herkunft und Kinder gut integrierter Familien benachteiligt. Das Kerngeschäft der Schule, dass Vermitteln von Wissen, rückt dadurch immer

mehr in den Hintergrund, die Nivellierung an die Schwachen und an Kinder mit «besonderen pädagogischen Bedürfnissen» geht weiter.

Mit dem neuen Schulprojekt sollen nun die oben aufgezählten Unterrichtsformen noch exzessiver Platz in der Regelklasse beanspruchen. Dies dient weder den Lehrpersonen noch den Kindern.

Die Einsicht der Bildungsdirektion, dass weniger Klassenlehrpersonen für eine Klasse zuständig sein sollen, ist richtig. Nur die Umsetzung mittels dieses Projekts ist falsch und zum Scheitern verurteilt. Nur mit der Einsicht, dass das Projekt Eingliederung der sonderpädagogischen Massnahmen in die Regelklasse gescheitert ist und rückgängig gemacht werden muss, kann das Unterrichtsproblem behoben werden. Schulversuche wie diese bringen nur Unruhe ins Bildungssystem, aber keine Lösungen.

Eine Umkehr zu sinnvollen Unterrichtsformen, das ist die Forderung der JSVP ZH.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

«Revolution im Klassenzimmer»



KANTONS RAT
JÜRIG TRACHSEL
FRAK.-PRÄS. SVP
RICHTERSWIL

So lautete vergangene Woche in der «Zürichsee-Zeitung» der Titel zum so genannten neuen Schulversuch der Bildungsdirektion. Die Bildungsdirektorin **Regine Aepli** will weniger Spezialisten in den Schulen. Künftig sollen die Lehrer und Lehrerinnen wieder mehr Aufgaben selber übernehmen.

Ja, meine Damen und Herren, wer hat denn bei den Beratungen des mittlerweile alles andere als neuen Volksschulgesetzes vor rund zehn Jahren eindringlich vor der Spezialistenschwemme in den Klassenzimmern der Volksschule gewarnt? Wer hat dem Klassenlehrerprinzip an der Primarschule das Wort geredet? Es waren die SVP und ihre Verbündeten im Kampf gegen die Reformitis.

Nun, nach unzähligen und millionenteuren Versuchen und durch die erwähnte Spezialistenschwemme verursachten millionenteuren Umbauten – schliesslich brauchen alle ein separates Zimmer, damals noch nach Vorgaben des Kantons – krebst die Bildungsdirektion zurück.

Offiziell zwar im Mäntelchen des Versuchs, faktisch aber bedeutet dieser Versuch nichts anderes als ein häppchenweises Zugeben des Scheiterns des Viellehrersystems pro Schulklasse.

Hätten Sie früher auf uns gehört, Frau Bildungsdirektorin, dem Kanton Zürich wäre in dieser Sache viel – vor allem hohe Kosten – erspart worden.

Wir sind uns sicher, in ein paar Jahren wird auch die Fehlentwicklung der übertriebenen integrierten Sonderschulung noch erkannt werden, welche den Unterricht der Regellehrpersonen über Gebühr erschwert. Wie heisst es so schön: Lieber späte Einsicht als gar keine!

Vorankündigung

Der ausserordentlichen Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 19. März 2013, 20.00 Uhr,
Stadt Winterthur

Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt unterschreiben:
www.goldinitiative.ch

ABSTIMMUNGSVORLAGE: ÄNDERUNG STEUERSÄTZE DER GRUNDSTÜCKGEWINNSTEUER

Eine steuerliche Entlastung der Haus- und Grundeigentümer im Kanton Zürich ist dringend nötig!

Haus- und Grundeigentümer werden mehrfach belastet. Einerseits mit dem Eigenmietwert, andererseits mit vielen Gebühren und Abgaben und bei einem Verkauf – sozusagen zur Krönung – mit der Grundstückgewinnsteuer. Sie sind eine eigentliche «Milchkuh» für unseren Staat!



HANS H. RATHS
KANTONSRAT SVP
PFÄFFIKON

Mit über 12 500 Unterschriften hat der Kantonale Hauseigentümerverband im Jahr 2010 die Initiative «Grundstückgewinnsteuer – JA, aber fair!» eingereicht. Der Kantonsrat hat im letzten Jahr einem Gegenvorschlag zugestimmt, der den Hauptpunkt der Initiative, nämlich eine Reduktion der Belastung bei längerer Besitzdauer und die Berücksichtigung der Teuerung aufgenommen hat. Der HEV hat anschliessend seine Initiative zugunsten des Gegenvorschlags des Kantonsrates zurückgezogen. Weil die Ratslinke gegen das revidierte Gesetz das Referendum ergriffen hat, stimmen wir darüber am 3. März ab.

Grundstückgewinnsteuer

Die Grundstückgewinnsteuer ist die Differenz vom Verkaufs- zum Kaufpreis. Dazu besteht die Möglichkeit, zum Kaufpreis die wertvermehrenden Investitionen zu addieren, sofern sie belegt werden können. Ab fünf Jahren Besitzdauer wird auf den Grundtarif, der durchschnittlich zwischen 30 bis 40 Prozent des Gewinns beträgt, ein Rabatt gewährt. Dieser erhöht sich bis zum 20. Jahr. Bei einer anrechenbaren Besitzdauer von weniger als einem Jahr erhöht sich der Grundtarif um 50 Prozent, bei einem Verkauf nach weniger als zwei Jahren um 25 Prozent.

Was ändert sich mit dem neuen Gesetz?

Im vom Kantonsrat verabschiedeten Gesetz wird der Rabatt ab einer Besitzdauer von sechs Jahren, für jedes weitere Jahr, von drei auf vier Prozent, leicht erhöht. Damit wird die Teuerung berücksichtigt und die hohe Belastung im Kanton Zürich, im Vergleich mit anderen Kantonen, reduziert. Die Zuschläge bei kurzer Besitzdauer bis zwei Jahre bleiben unverändert hoch. Diese wurden eingeführt, um der Spekulation vorzubeugen.

Wie wirkt sich der Gegenvorschlag des Kantonsrates konkret aus?

Heute bezahlt man über 20 Prozent Steuern auf die Differenz von Kauf- zu

Verkaufspreis, wenn man eine Liegenschaft nach 20 und mehr Jahren Besitzdauer verkauft.

Mit der Vorlage des Kantonsrates sind es immer noch rund 14 Prozent.

Berechnungsbeispiel

Ein pensioniertes Ehepaar verkauft sein Eigenheim in einer Zürcher Gemeinde und zieht in eine Alterswohnung um. Das Eigenheim haben sie vor 18 Jahren gekauft.

Wie wurde die Grundstückgewinnsteuer bei der Einführung begründet?

Die Grundstückgewinnsteuer wurde eingeführt, damit die Gemeinden grosse Erschliessungsvorhaben im Bereich Verkehr, Wasser, Abwasser und Strom finanzieren können. Heute sind die Bereiche Wasser, Abwasser und Strom spezialfinanziert. Das heisst die Finanzierung des Ausbaus und des Unterhalts dieser Infrastruktur erfolgt durch Anschluss-, Grund- und Verbrauchsgebühren. Die Erschliessung von Grundstücken für den Verkehr erfolgt meist im Rahmen von Quartierplänen und wird von den Grundeigentümern bezahlt. Der ursprüngliche Zweck der Grundstückgewinnsteuer ist damit zu einem grossen Teil entfallen.

Die Erträge werden von den Gemeinden auch nicht zweckgebunden für Infrastrukturvorhaben verwendet, sondern fliessen in den allgemeinen Finanzhaushalt. Grund- und Hauseigentümer, die eine Grundstückgewinnsteuer entrichten, zahlen bei genauerer Betrachtung zweimal an einen Teil der Infrastrukturkosten. Man kann auch von einer Doppelbesteuerung sprechen. Schon aus diesem Grund, drängt sich eine Reduktion der Grundstückgewinnsteuer auf. Dazu kommt, dass ein Teil des Gewinns eine Folge der Teuerung und so kein echter Gewinn ist. Eine Teuerung zu besteuern ist nicht korrekt.

Der vom Kantonsrat verabschiedete Gegenvorschlag trägt dem Rechnung.

Liegenschaften sind eine wichtige Säule der Vorsorge!

Für viele Menschen ist die Immobilie ein wichtiger Teil der Altersvorsorge. Wer sein Eigenheim verkaufen muss, verliert wegen den hohen Gewinnsteuern einen beträchtlichen Teil seines Vorsorgekapitals.

Es darf doch nicht sein, dass der gleiche Staat, der mit gutem Grund an die Eigen- und Selbstverantwortung appelliert, beim Eigenheimverkauf einen happigen Teil des Gewinns als Sondersteuer einnimmt.

Ein Verkaufsgewinn soll deshalb massvoll oder «fair» besteuert werden.

Was sind die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden?

Berechnungen des Kantonalen Steueramtes gehen davon aus, dass die Einnahmen der Gemeinden aus Grundstückgewinnsteuern rund 75 Mio. oder 20 Prozent tiefer ausfallen. Das sind je nach Gemeinde 1,5 bis 2,5 Steuerprozent.

Die Gemeinden haben in den letzten Jahren stark von den tiefen Hypothekenzinsen profitiert. Durch die geringeren Abzüge sind die Steuereinnahmen von den Hauseigentümern stark gestiegen.

Berechnungen des HEV Schweiz haben ergeben, dass dadurch in den letzten vier Jahren für Bund, Kanton und Gemeinden, Steuermehrerträge von einer Milliarde Franken resultieren.

Die Finanzen der Zürcher Gemeinden sind gesund. 37 von 171 Gemeinden konnten auf dieses Jahr hin die Steuern senken. Die moderate Reduktion der Grundstückgewinnsteuern ist daher für die Gemeinden gut verkraftbar.

Fazit

§ Die ungerechtfertigt hohen Grundstückgewinnsteuern bei längerer Besitzdauer werden fairer gestaltet.

- Der Vorschlag des Kantonsrates beugt weiterhin der Spekulation mit Immobilien vor.
- Der Kauf von Wohneigentum wird günstiger, weil eine Steuer immer preistreibend ist.
- Das Modell des Kantonsrates motiviert zur selbstverantwortlichen Altersvorsorge.
- Die Teuerung wird endlich indirekt berücksichtigt.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie am 3. März 2013, der Vorlage Steuergesetz (Änderung Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer) zuzustimmen.

LESERBRIEFE

EU: Neue Drohung mit der schwarzen Liste

Wenn die Schweiz nicht innerhalb von sechs Monaten ihr Steuersystem den Vorstellungen der EU anpasse, komme sie auf die schwarze Liste.

So ungefähr sprach Algirdas Semeta, EU-Kommissar aus Litauen, einem Land, das von unserer Kohäsionsmilliarde profitierte. Was passiert, wenn wir dieser Forderung nachkommen? Ganz einfach, dann kommt die nächste Forderung samt Drohung mit der schwarzen Liste umso früher. De facto befinden wir uns aber bereits auf einer inoffiziellen schwarzen Liste. Die EU,

die USA und die OECD haben längst ihre Angriffe auf unser Land koordiniert.

Sie pochen dabei auf unsere allzu nachgiebige Landesregierung und die Erfolge, die sie bisher im Kampf gegen unser Land erzielt haben. Übrigens, Semeta genießt als EU-Funktionär saftige Steuererleichterungen, die will er – im Gegensatz zu unseren Steuern – selbstverständlich nicht normalen Steuersätzen «anpassen»!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Bitte, etwas mehr Nationalstolz!

Nachdem höchste Stellen in Bern in letzter Zeit nicht müde wurden, der EU-Führung gegenüber ihre Hilflosigkeit bzw. ihren Kleinmut zum Ausdruck zu bringen, haben die diversen Kontakte am Davoser Weltforum gezeigt, wie abwegig solch mangelndes Selbstbewusstsein ist, zeigten doch mehrere – namentlich deutsche – Minister volles Verständnis für die schweizerische Souveränität gegenüber den EU-Bürokraten in Brüssel. So betonte nebst der Arbeitsministerin

Von der Leyen auch Vizekanzler Rösler unmissverständlich, dass am bisher praktizierten bilateralen Weg festzuhalten sei. Bravo ...!

Da können wir nur hoffen, dass die von Minderwertigkeitsgefühlen geprägten Kniefälle vor den undemokratischen EU-Herrschaften endlich der Vergangenheit angehören. Zeigen wir doch endlich etwas mehr Rückgrat!

Traugott Voegeli-Tschirky, Leibstadt

Nein zum Familienartikel

Am 3. März stimmen wir über den sogenannten Familienartikel ab. Dieser ist unbedingt abzulehnen. Warum?

Jeder soll seine Kinder so gross ziehen können, wie er das für richtig hält. Möchte jemand seine Kinder an eine Krippe abgeben, dann ist das seine Entscheidung. Möchte jemand lieber selbst auf seine Kinder aufpassen, dann sollen ihm/ihr keine Nachteile aus dieser persönlichen Entscheidung erwachsen.

Der Familienartikel bevorzugt aber nun einseitig das Familienmodell, bei dem man seine Kinder Fremdbetreuen lässt – zu Lasten von jenen, die ihre Kinder lieber selbst erziehen oder keine Kleinkinder haben. Diese dürfen dann die Kosten für die vielen neuen,

staatlich-verordneten Krippen via Steuern bezahlen. Ein solcher Artikel ist ein Graus für alle liberal denkenden Menschen. Er führt zu mehr Staat und schränkt die Gemeindeautonomie ein.

Der ganze Spass dürfte die Steuerzahler ca. 12 Milliarden Franken kosten. Das käme einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 4,4% gleich! Es kann nicht sein, dass uns der Staat vorschreibt, wie wir unsere Kinder grossziehen haben. Kinder zu haben ist die privateste Angelegenheit, die es gibt. Der Staat hat in diesem Bereich nichts verloren. Ich stimme deshalb mit grosser Überzeugung Nein zum Familienartikel.

Olivier Kessler, Wilen

Familienpolitik ist Privatsache

Der Bundesbeschluss zur Familienpolitik 115a und deren Abstimmungsvorlage vom 3. März 2013 wird in den Kantonen und in den Gemeinden Rechtsansprüche auslösen, deren finanziellen und personellen Folgen heute noch nicht erkennbar bzw. abschätzbar sind. Die staatliche Rundumbetreuung des Einzelnen zeichnet sich immer markanter ab. Sicher ist, dass die Summe der zusätzlichen künftigen Belastungen von einigen Hundert Millionen Franken, entstehen werden, natürlich zulasten der Steuerzahler, auch der unbeteiligten Steuerzahler. Die Sozialausgaben würden damit massiv ausgeweitet und damit auch die Büchse der Pandora weit ge-

öffnet. Der Ausbau des Sozialstaats Schweiz, dessen Wachstum in den vergangenen Jahren ausserordentlich massiv war, wird weiter vorangetrieben und er wird, auch in diesem Falle, die Kantone und die Gemeinden stark belasten. Ich erinnere daran, dass der Kanton Zürich daran ist, fast unmögliche Sparanstrengungen zu vollziehen, und dass unsere Stadt in den nächsten Jahren durch tiefere Steuereinnahmen markant belastet wird.

Deshalb stimme ich Nein zu einem weiteren Schritt der Verstaatlichung der Familie.

Trudi Frey, Gemeinderätin, Dietikon

	Grundbelastung	Besitzdauererabatt	In CHF
Verkauf Eigenheim			1 300 000.00
Anschaffungspreis vor-18 Jahren inkl. wertvermehrender Aufwendungen			1 000 000.00
Grundstückgewinn			300 000.00
Steuerbelastung heute	36,47 %	44,00 %	61 264.00
Steuerbelastung mit Änderung Steuergesetz	36,47 %	57,00 %	47 042.00



Inserate

Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh

Telefon 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

BUNDESPRÄSIDENT UELI MAURERS ALBISGÜETLIANSPRACHE

Der Weg der Schweiz

Anlässlich der Albisgüetlitagung 2013 sprach Bundespräsident Ueli Maurer über den Weg der Schweiz: «Eine verblendete, vermeintliche Elite glaubt immer wieder, auf der Weltbühne für die Schweiz eine grosse Rolle suchen zu müssen. Kleinmut oder Grössenwahn waren immer wieder die Triebfeder, unsere Schweiz und ihre Werte aufzugeben und sich anzupassen. In unserer Geschichte finden sich zahlreiche Beispiele.»

Im Gegensatz zu euphorischen Internationalisten glaubt unsere Bevölkerung nicht, dass wir eine grosse historische Mission zu erfüllen haben. Wir wollen nicht andere bekehren und beeinflussen. Die Bevölkerung glaubt auch nicht, dass wir überall mitmachen müssen, nur weil es gerade Mode ist.

Gottfried Keller hat es prägnant auf den Punkt gebracht, als er schrieb: «Alles Grosse und Edle ist einfacher Art.»

Unser Staatszweck ist gross und edel, weil er einfach ist: Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes so viel Freiheit wie möglich zu sichern.

Auch diese staatspolitische Zurückhaltung reicht weit in die Geschichte zurück: Niklaus von der Flüe gab schon im 15. Jahrhundert den Rat: «Machet den Zun nit zu wit!» und «Mischt Euch nicht in fremde Hände!».

Der Weg der Schweiz

Welches ist der Weg der Schweiz heute? Ich möchte drei wesentliche Grundsätze beschreiben, die unser Land im Innern, vor allem aber auch gegen aussen charakterisieren:

1. Die humanitäre Tradition mit den Guten Diensten
2. Die bewaffnete Neutralität
3. Das Recht des Kleinstaates gegen die Machtpolitik der Grossen

150 Jahre IKRK

Die humanitäre Tradition feiert dieses Jahr ein markantes Ereignis: 150 Jahre Rotes Kreuz. 1863 wird in Genf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das IKRK, gegründet. Dieses Jahr kann das IKRK also das 150-Jahr-Jubiläum feiern.

Seit 150 Jahren sind es Schweizer Helfer, die Leid in den Krisen und Kriegen überall auf der Erde lindern. Oder pointierter: Wir holen seit anderthalb Jahrhunderten die Menschen aus den Trümmern, die andere mit Grossmachtpolitik überall auf der Welt hinterlassen.

Ich meine, es ist kein Zufall, dass das IKRK in der Schweiz gegründet worden ist. Henri Dunant hat auf dem Schlachtfeld von Solferino das Schlagwort «Tutti fratelli» geprägt. Damit hat er seinen Helfern klar gemacht, dass man die Soldaten beider Seiten pflegt.

Das entspricht unserer Haltung, unserer Neutralität. Die Neutralität ist auch entscheidend für die weitere Ent-



Bundespräsident Ueli Maurer ist der erste Zürcher SVPlar in diesem Amt. Er löste mit seiner Rede im Albisgüetli grosse Begeisterung aus.

wicklung des IKRK und unserer Guten Dienste überhaupt. Denn wir verfolgen keine Grossmächtsziele, wir gehören keinem Block oder Bündnis an. Darum sind wir unverdächtig und glaubwürdig.

Bewaffnete Neutralität

Kommen wir zum zweiten Grundsatz, zur bewaffneten Neutralität. Sie war und bleibt die Basis für die humanitäre Tradition der Schweiz. Aber sie ist als eigentliche Staatsmaxime für die Schweiz noch von weit grösserer Bedeutung.

Professor Bindschedler, der einstige Jurist und Berater des Bundesrates in völkerrechtlichen Fragen, gehört meines Erachtens zu jenen, die sich wirklich fundamentale Gedanken über die Neutralität gemacht haben. Er brachte die internationale Bedeutung der Schweizer Neutralität auf den Punkt:

Die Schweiz hat als Kleinstaat wenig Einfluss auf das Verhalten anderer. Die Welt können wir also nicht retten. Trotzdem können wir einiges zum Frieden beitragen. Er schrieb sogar, Neutralität, das sei «Friedenspolitik par excellence».

Er begründete es so: Neutralität muss bewaffnete Neutralität sein. So wird ein Sicherheitsvakuum verhindert, das den Frieden gefährden könnte. Die Schweizer Armee leistet also ein Friedensengagement, auch ohne dass sie bei internationalen Operationen im Ausland teilnimmt.

Sie sorgt schlicht durch ihre Existenz für Stabilität im Herzen von Europa und sichert wichtige Nord-Süd-Achsen. Auch das ist ein Beitrag

zum Weltfrieden. Mit Existenz meine ich allerdings, dass die Armee nicht nur auf dem Papier existiert. Sondern dass sie in der Lage ist, unser Land und seine Bevölkerung im Ernstfall tatsächlich auch mit Waffengewalt zu schützen und zu verteidigen.

Sicherheit als Kernaufgabe

Im kommenden Herbst stimmen wir über die Volksinitiative der GSoA zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ab. Die Abschaffung der Wehrpflicht würde unser Sicherheits- und Staatsverständnis erschüttern. Dies aus zwei Gründen:

Erstens: Mit Freiwilligen ist die Sicherheit nicht gewährleistet. Westliche Nationen, die die Wehrpflicht abgeschafft haben, haben generell Mühe, gut qualifiziertes Personal für ihre Berufsarmeen zu rekrutieren. Damit besteht die Gefahr, dass sich jene in einem Berufsheer sammeln, die – aus welchen Gründen auch immer – sonst auf dem Arbeitsmarkt nicht bestehen können. Das belegen Beispiele aus dem Ausland.

Mit der Wehrpflicht und der Milizarmee dagegen profitieren wir vom riesigen Reservoir von Können, Wissen und Talenten. In der Schweiz ist dieses gewaltig, handelt es sich doch weitgehend um denselben Personalpool, der eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt antreibt.

Zweitens: Der Bürger als Soldat hat das Vertrauen der Bevölkerung; Freiwillige oder bezahlte Söldner haben es nicht.

Die Entwicklung moderner Konflikte macht das Vertrauen noch wich-

tiger: Diese modernen Konflikte werden nicht auf einem Schlachtfeld fern der Zivilbevölkerung ausgetragen, sondern überall – in Städten und Dörfern. Das stellt an Soldaten noch höhere Anforderungen: Sie müssen ihren Auftrag inmitten der Bevölkerung erfüllen. Das setzt also nicht nur einfach soldatischen Drill voraus, sondern auch viel Sozialkompetenz. Das höchste Vertrauen der Bevölkerung erwerben sich darum Soldaten, die im Zivilleben selbst Teil dieser Bevölkerung sind.

Recht und Macht

Kein Staat ist mehr wert als ein anderer. Kein Land soll ein anderes beherrschen. Kein Volk soll ein anderes unterdrücken. Eben: Die Staaten sind souverän und gleichberechtigt. Ihre Beziehungen beruhen auf Recht, nicht auf Macht.

Aber wie gesagt: Die Schuldenkrise und eine weltweite Rezession verschärfen die Interessensgegensätze. Das lässt die Versuchung wachsen, dass der Grössere den Kleineren nicht länger als ebenbürtigen Partner akzeptiert: Wir stellen fest, dass die Grossen lieber den Kleinen diktieren und befehlen wollen, statt mit ihnen auf Augenhöhe zu verhandeln. Oder dass sie sogar die Rechtsordnung der Kleinen missachten und ihr eigenes Recht mit Druck und Macht für weltweit gültig erklären.

Das macht mir zunehmend Sorge. Denn ich glaube daran, dass die verschiedenen Länder ihre unterschiedlichen Herausforderungen auf verschiedene Art und Weise lösen sollen; so, wie es ihnen entspricht. Ich glaube an den friedlichen Wettbewerb der Volkswirtschaften. Ich glaube an die Vielfalt dieser Welt; an die friedliche Vielfalt souveräner Staaten, die miteinander als gleichwertig verkehren.

Fazit für den Weg der Schweiz

«Alles Grosse und Edle ist einfacher Art» – Die Schweiz ist gut gefahren mit diesem Leitmotiv. Aber manchmal ist es gar nicht so einfach, ihm nachzuleben. Gerade in den internationalen Beziehungen sind Pomp, hehre Erklärungen und hektische Betriebsamkeit verführerisch.

Die Schweiz bleibt auf dem richtigen Weg, wenn sie in den internationalen Beziehungen folgende drei Grundsätze beachtet:

Erstens: Die Schweiz leistet ihren humanitären Beitrag. Er gehört bei uns

sogar zu Tradition und Geschichte und ist nach wie vor gefragt. Vor 150 Jahren, 1863, wurde in Genf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das IKRK, gegründet. Die Schweiz ist Depositarstaat der Genfer Konventionen sowie der Zusatzprotokolle.

Das ist der Weg, den wir weiter gehen wollen – ein freies Land, das mit den andern in Frieden lebt. Aus Anlass des 150-Jahr-Jubiläums des IKRK schlage ich vor, dass die Schweiz die Genfer Konvention überarbeitet und ergänzt, damit sie die richtige Antwort auf neue Konfliktformen geben kann. Das ist eine aus der Geschichte gewachsene Aufgabe; ein Vermächtnis mit grosser Ausstrahlung auf die Welt.

Zweitens: Wir wollen unabhängig und frei bleiben. Das bewährte Mittel dazu ist unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität. Mit einer Milizarmee, die auf der allgemeinen Wehrpflicht aufbaut. Eine bewaffnete Neutralität, die auch glaubwürdig ist und damit ein internationaler Sicherheitsfaktor bildet.

Drittens: Wir bewegen uns als Kleinstaat international immer im Spannungsfeld von Recht und Macht. Es liegt auch an uns, wie die andern mit uns umgehen. Wir können uns von der Machtpolitik beeindrucken lassen und immer nachgeben, oder wir können auf unser Recht pochen und die eigenen Interessen mit Engagement und Herzblut vertreten.

Ich habe im letzten Sommer ein neues Büro beziehen müssen, weil das Bundeshaus Ost umgebaut wird. Das Büro liegt an einem Platz mit dem Denkmal für den Verteidiger von Murten, Adrian von Bubenberg. Und auf dem Denkmalsockel steht der Satz: «Solange in uns eine Ader lebt, gibt keiner nach.» Das wäre doch ein Motto für unsere Aussenpolitik!

Viele kleine Staaten haben das gleiche Problem: Dass ihre Rechte ignoriert werden. Und weil die wohlhabende, neutrale Schweiz bei vielen kleinen Ländern grosse Achtung genießt, haben wir so etwas wie eine Vorbildfunktion. Wenn wir schon eine internationale Rolle suchen, dann diese: Machen wir den grossen Staaten und den internationalen Organisationen klar, dass auch die Kleinen in ihrem Recht zu respektieren sind! Wir haben dazu fast täglich Gelegenheit.

Sämtliche Albisgüetlireden sind ungekürzt unter www.svp-zuerich.ch abrufbar.

AUSZUG AUS ALFRED HEERS ALBUSGÜETLI-BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

liberté – égalité – fraternité

In seiner Begrüssungsansprache anlässlich der 25. Albisgüetli-Jubiläumstagung sagte SVP-Kantonalpräsident Alfred Heer: «Wahrlich, wir brauchen einen Mann im Bundesrat, welcher die Unabhängigkeit noch hochhält. Der stete Druck aus dem Ausland auf den Kassenschrank Schweiz nimmt stetig zu. Nicht nur die EU will uns plündern, auch der Druck aus den Vereinigten Staaten und auf unseren Finanzplatz ist gewaltig. Nicht etwa, dass es hier um Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit ginge. Die Fundamente der Häuser in Miami, auf den britischen Kanalinseln, usw sind nicht aus Beton und nicht aus Stahl, nicht aus Holz und nicht aus Glas - nein die Fundamente bestehen aus Drogen- und Fluchtgeldern. Aber dies getraut sich im Bundesrat ja niemand zu sagen.»



NATIONALRAT ALFRED HEER PRÄSIDENT SVP KANTON ZÜRICH

Nationalrat Heer sagte weiter:

Viel lieber macht unsere Finanzministerin auf Nestbeschmutzung und zeigt allergrösstes Verständnis für die steten Angriffe auf unser Land. Nachdem der Staatsvertrag von Deutschland verworfen wurde, hat sie gross verkünden lassen, dass es keine neuen Verhandlungen gebe, um nur einige Tage später mitzuteilen, dass man über den automatischen Datenaustausch verhandeln müsse. Einen besseren Verhandlungspartner als den Schweizer Bundesrat kann sich gar niemand auf dieser Welt wünschen. Sogar FDP-Präsident Philipp Müller hat nun bemerkt, dass etwas mit dieser guten Frau nicht stimmt. Er hat sie sogar indi-

rekt als Verräterin betitelt. Nun bei einigen Politikern geht es halt manchmal etwas länger, bis der 20er fällt. Wir wollen dem guten Mann aber nun nichts vorwerfen. Schliesslich ist er ja der Erfinder der Weissgeldstrategie, was, wie weiss, ihm vielleicht in einigen Jahren den Nobelpreis bescheren wird.

Die EU liegt auch im Jahr 2013 noch am Boden. Wir erinnern uns; zu Zeiten des realen Sozialismus im Ostblock flüchteten Tausende in den Westen, um hier in Freiheit etwas aufzubauen, um hier auch belohnt zu werden für die Früchte harter Arbeit. Heute im Jahre 2013 flüchten EU-Bürger, namentlich Franzosen nach Russland, um dem Sozialismus zu entfliehen. So schnell dreht sich die Welt. Die Losung «liberté – égalité – fraternité» der Französischen Revolution existiert weder in Frankreich noch in der EU. Böse Zungen behaupten sogar, dass man das Wort fraternité, was übersetzt Brüderlichkeit heisst, infolge

der Einsparungen der Gleichstellungsbüros sowieso nicht mehr verwenden dürfe. Was die égalité, also die Gleichheit betrifft, so heisst dies heute, dass alle EU-Bürger speziell in Frankreich so besteuert werden, dass am Schluss alle gleich arm sind. Die Freiheit in der EU bedeutet heute, dass Funktionäre und ein überdimensionierter Verwaltungsapparat alles so für die EU-Bürger regeln und harmonisieren, dass man sich dem gefälligst zu fügen hat.

Griechische Verhältnisse

Auch die Zürcher Regierung will griechische Verhältnisse. Am 3. März stimmen wir über die Einmaleinlage von Fr 1,6 Mia. Franken im Kanton Zürich ab. Anstatt dieses Geld so zu verbuchen, dass es innert 4 Jahren abgeschrieben werden muss, wie es die Verfassung und das Gesetz vorsehen, setzt der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates die Bestimmung ausser Kraft.

Die Regierung behauptet, dass man die Ausgaben mit dem Golderlös von 2005 verrechne. Dieses Geld ist aber längstens ausgegeben. Deshalb wehrt sich eine Koalition der Zürcher SVP zusammen mit der GLP, der Jungen SVP und den Jungfreisinnigen gegen diese Tuschenspielertricks. So wie es Frau Gut beantragt, hat es in Griechenland angefangen. Leider besteht für die Schweiz nicht nur bezüglich der EU Handlungsbedarf. Der Bundesrat will sogar in den UNO-Sicherheitsrat, damit er dort als Kleinstaat über Krieg und Frieden entscheiden kann. Meine Damen und Herren, ich habe manchmal das Gefühl, dass eine Mehrheit im Bundesrat an Grössenwahn leidet. Wie soll ein Bundesrat über Krieg und Frieden im Ausland befinden, wenn er nicht mal fähig ist, das Malaise im Asylwesen mit 30'000 Rekordgesuchen im Jahre 2012 zu lösen? Der Bundesrat verhält sich wie ein dummer Primarschüler, welcher

die einfachsten Hausaufgaben nicht lösen kann, aber davon träumt, einmal Professor an der Harvard-Universität zu werden.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Ueli, du trägst eine grosse Verantwortung als Bundesrat. Du bist der Bannerträger der SVP, welche noch als einzige Partei für die Unabhängigkeit unseres Landes eintritt. Nicht Anpassung ist heute verlangt, sondern Widerstand gegen den Druck auf unser Land.

Schweizerinnen und Schweizer, welche frei bleiben wollen, zählen auf Dich. Wir wissen, dass dies eine Herkulesarbeit ist, welche auf Dich auch in diesem Jahr wartet. Du hast die Unterstützung Deines langjährigen Weggefährten Christoph Blocher und selbstverständlich der gesamten Zürcher SVP für Deine schwierige Aufgabe im Bundesrat. Ich wünsche Dir Gesundheit, Kraft, und Geschick bei Deiner schwierigen Aufgabe.

Fadegrad

«Dein ist Mein»



VON
BRUNO SIDLER

«Dein ist Mein. Und wenn du es nicht hergibst, so hol ich es mir.» Auch in unserer heutigen Gesellschaft gibt es verschiedene Einzelpersonen oder Gruppierungen, die nach diesem Motto zu leben scheinen. Die Grenzen zwischen Dein und Mein sind anscheinend für viele Menschen nicht mehr existent; zumindest sind diese Grenzen oftmals stark verwischt. Der Zürcher Gemeinderat befasste sich in der Sitzung dieser Woche mit einer Gruppe, die permanent nach dem Grundsatz «Dein ist Mein» lebt: die Hausbesetzer. Hausbesetzungen gehören leider zum Zürcher Wohnalltag, teilweise zählte man bis zu 30 Hausbesetzungen pro Jahr.

Stossend in der Stadt Zürich ist, dass die Behörden die Besetzer zu lange gewähren lassen. Der staatliche Auftrag «Schutz des Eigentums» wird in Zürich nicht mehr gewährleistet. Die Hausbesetzung erfüllt klar den Straftatbestand des Hausfriedensbruchs (Antragsdelikt). Die Räumung eines besetzten Hauses muss beantragt werden. Allerdings ist die Räumung in der Stadt Zürich an die Bedingung geknüpft, dass eine Abbruchbewilligung oder eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt. Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, läuft mit dem Antrag auf Räumung ins Leere. Ansgar Gmür vom Schweizer Hauseigentümerverband meinte dazu in einem Artikel der NZZ, die Praxis in der Stadt Zürich höhle das Recht aus, weil sie den Tatbestand des Hausfriedensbruchs nur unter bestimmten, gesetzlich nicht vorgesehenen Voraussetzungen verfolge: «Ein Hausfriedensbruch mit Bedingungen.»

Unter keinem Titel ist zu rechtfertigen, dass die Stadt den Schutz des Eigentums nicht bedingungslos gewährt; hier ist eine Kehrtwende dringend notwendig.

Auf eine entsprechende Praxisänderung zielte auch das freisinnige Postulat, das im Rat diskutiert wurde. Eine emotionale Debatte über den Vorstoss zeigte deutlich die politischen Haltungen zum Thema auf. Auf der linken Ratsseite werden die illegalen Häuserbesetzungen nicht nur wohlwollend gutgeheissen. Nein, dort erhalten die Besetzer Unterstützung und Rückendeckung für ihr illegales Tun. Dies ist eine verwerfliche Haltung von linken Politikerinnen und Politikern, die in unserer Stadt mehrheitlich die Regierungsverantwortung tragen. Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, dieser Mehrheit bei den Wahlen einen Denkzettel zu verpassen, um sie auf den Weg des Rechtsstaats zurück zu bringen. Es kann nicht sein, dass Zürich von Politikern regiert wird, die illegales Tun dulden, das auf «ausgehöhlt» Recht begründet ist.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Erneute Abfuhr für Gesinnungs-Fichierung

Im Rahmen der vergangenen Ratssitzung befasste sich der Gemeinderat einmal mehr mit der polizeilichen Datenbank GAMMA, welche präventiv gegen Hooligan-Gewalt wirken soll.



ROLAND SCHECK
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 3

Die SVP stand dem Vorhaben stets skeptisch gegenüber, denn mit GAMMA werden nicht etwa Personen fichiert, die sich aktiv an gewalttätigen Ausschreitungen in oder ausserhalb eines Stadions beteiligen. Nein, GAMMA-Polizeibeamte haben ein waches Auge auf Personen, die sich in der Nähe von Gewaltherden aufhalten und das Geschehen mitverfolgen. Wohl an der Gestik oder Mimik dieser Personen sollen dann die Beamten erkennen, ob es sich bei den observierten Personen um potenzielle Hooligans handelt. Hat der Präventiv-Polizist erkannt, dass aus einer Person ein zukünftiger Hooligan werden könnte, schnappt GAMMA zu und die Personalien werden aufgezeichnet. Im GAMMA-Jargon heisst dieser Vorgang: «Jemand ist Gewalt suchend, wenn er sich anlässlich von Sportveranstaltungen derart auffällig benimmt, dass er sich von rein sportinteressierten Zuschauerinnen und Zuschauern klar unterscheidet.» Solche Personen erhalten dann einen mahnenden Brief und vielleicht auch Polizeibesuch zu Hause oder an der Arbeitsstelle. Dieses «Erkanntwerden» soll gemäss Polizeidepartement dazu dienen, das Gewaltpotenzial einer Person zu minimieren und zur Lösung des Hooliganismus beizutragen.

Eine gefährliche Philosophie

Bei der Idee, die GAMMA zugrunde liegt, handelt es sich um ein gefährliches Gedankengut. Denn GAMMA ist in Tat und Wahrheit eine Gesinnungs-Fichierung. Die GAMMA-Phi-

losophie ist aber nicht nur gefährlich, sondern auch grotesk. Sie würde sich in keinem anderen Lebensbereich ernsthaft anwenden lassen. Übertragen beispielsweise auf die Verkehrssicherheit müssten nach der GAMMA-Philosophie Personen, die sich nach einem schweren Verkehrsunfall am Unfallort befinden und zuschauen, allesamt fichiert werden, da man davon ausgeht, dass Gaffer zu potentiellen Rasern werden könnten. Die GAMMA-Philosophie postuliert, dass Zuschauer automatisch zu späteren Tätern werden und deshalb zu fichieren seien.

Im September 2009 legitimierte das Zürcher Stimmvolk mit 72 Prozent Ja-Stimmen einen Versuchsbetrieb von GAMMA mit der Auflage, diesen bis Ende 2010 zu befristen. Im Juni 2011 entschied dann der Gemeinderat, den Versuchsbetrieb nicht mehr weiter zu verlängern und die Datenbank definitiv ausser Betrieb zu setzen. Nicht nur das Unbehagen, dass die Polizei eine Gesinnungs-Datenbank unterhält, sondern auch der äusserst bescheidene Erfolgsausweis von GAMMA führten zu diesem Entscheid. Bis Ende 2010 waren lediglich 54 Personen registriert und das erst noch mit beträchtlichen Redundanzen zu anderen Datenbanken wie POLICE und HOOGAN. Mit 75:38 Stimmen wurde GAMMA schlussendlich «beerdigt». Es war eine denkwürdige Gemeinderatsdebatte, in der die SVP gegen den erbitterten Widerstand des Stadtrats und der FDP, CVP und EVP einen grossen Sieg erringen konnte.

CVP als schlechte Verliererin

Insbesondere die CVP erwies sich in der Folge als schlechte Verliererin. Nur gerade vier Monate später reichte die CVP einen Vorstoss ein, der ver-

langt, dass der Stadtrat die unverzügliche Wiedereinführung von GAMMA prüfen soll. Angesichts dessen fragt man sich schon, welches Demokratieverständnis diese Partei hat.

An der vergangenen Gemeinderatsitzung stand nun die Behandlung dieses Vorstosses auf der Tagliste. Da der CVP die materiellen Argumente für GAMMA fehlten, begründete sie ihren Vorstoss damit, dass GAMMA demokratisch legitimiert sei und warf den anderen Parteien Demokratie-Defizit

vor. Damit war die Diskussion lanciert. Der Schlagabtausch verlief ähnlich emotional wie die früheren GAMMA-Debatten. Aber die Mehrheiten hielten. Und wie. Sie fielen sogar noch deutlicher aus als in der letzten Debatte. Und so wurde der Zwängerei-Vorstoss der CVP mit 83:32 abgelehnt.

Nun darf man gespannt sein, wann die CVP den nächsten Vorstoss zur angeblich demokratisch legitimierten Wiedereinführung von GAMMA einreichen wird.

SPURABBAU KOMMT VOR DAS VERWALTUNGSGERICHT

Stadtrat will mit dem Kopf durch die Wand

Die SVP der Stadt Zürich verurteilt den Entscheid des Zürcher Stadtrates, den Beschluss des Zürcher Regierungsrates vom 4. Dezember 2012 bezüglich «Spurabbau am Utoquai entlang des Sechseläutenplatzes» an das Verwaltungsgericht weiterzuziehen.



GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAK.-CHEF SVP
ZÜRICH 4/5

In seiner Begründung argumentierte der Regierungsrat richtigerweise, dass die negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss zu gross seien.

Anhand von fundierten Beispielen zeigten die bürgerlichen Parteien bereits im Vorfeld auf, welche fatalen Konsequenzen dieser Spurabbau auf das Verkehrssystem in der weiteren Umgebung hätte.

Kein Platz für Störmanöver

Die SVP der Stadt Zürich bedauert, dass der Stadtrat mit dem Kopf durch die Wand geht und den teuren und aufwendigen Prozessweg einschlägt, um seine grünen Ideologien umzusetzen. Die SVP ist überzeugt, dass sich das Verwaltungsgericht nicht durch selbstgestellte Gutachten, Propaganda-Videofilme und ideologische Rechenbeispiele beirren lässt, um realitätsfremde, grüne Ideen zu stützen. Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik muss sein, den Verkehr zu verflüssigen. Beim für die Volkswirtschaft entscheidenden Faktor «Verkehr» gibt es keinen Platz für Störmanöver und ideologische Experimente.

DEUTLICHE BELASTUNG DURCH STROMPREIS-ERHÖHUNGEN

Deutsches Stromdebakel – bald auch in Zürich?

In Deutschland wird der Ökostrom für die Konsumenten immer teurer. Es ist zu befürchten, dass solche Probleme bald auch in Zürich akut werden können.



MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

In einem Artikel über die Kosten des Ökostroms in Deutschland rechnet das Magazin «Der Spiegel» vor, dass der Preis für die End-Konsumenten von Strom so teuer wie noch nie geworden ist. Über den Umlagefond EEG (Erneuerbare Energien) zahlten die Verbraucher im Jahr 2012 über 17 Milliarden Euro. Der Grund für den Anstieg ist die EEG-Umlage, die jedes Jahr teurer wird. Zu Jahresbeginn stieg sie von 3,59 auf 5,26 Cent je Kilowattstunde.

Damit werden in Deutschland Subventionen für Solarenergie und Windkraftwerke finanziert. 2012 wurden in Deutschland so viele neue Solaranlagen installiert wie nie zuvor. Das Problem des Solarbooms ist aber, dass er die Förderzahlungen für Stromkunden weiter treibt. Denn die Ökostromanbieter erhalten 20 Jahre lang garantierte Vergütungen für jede Kilowattstunde Strom, schreibt der Spiegel.

Riesige versteckte Subventionen

Die Strom-Bezüger in Deutschland müssen per Gesetz diese Förderabga-

be von 17 Milliarden Euro leisten. Der Marktwert des Stroms beträgt aber nur einen Bruchteil davon. An der Börse, wo die Erzeuger den Strom verkaufen müssen, erhielten sie dafür nur 2,9 Milliarden Euro, haben Untersuchungen ergeben. Das bedeutet, dass Klein-Abnehmer Milliarden an Subventionen zahlen müssen.

Die Probleme in Deutschland können bald auch in Zürich auftreten. Das ewz hat die Strompreise anfangs 2013 massiv erhöht. Insbesondere für Singles, Familien und Kleinbetriebe ist der Anstieg massiv.

Kostenanstieg für Familien und Gewerbe

Die ewz-Rechnungen steigen 2013 um bis zu 30 Prozent. Besonders spürbar ist die zusätzliche Belastung bei Alleinstehenden, jungen Familien und gewerblichen Kleinbetrieben. Eine Familie muss im Jahr rund 200 Franken mehr bezahlen, ein Kleinbetrieb bis zu 2000 Franken. Die Preiserhöhungen sind ausschliesslich ideologisch motiviert.

Wie in Deutschland will auch das ewz die Leute zwingen, den «guten» Öko-Strom zu beziehen. Die SVP hat sich gegen diese Entwicklung gewehrt, leider vergebens.

EINLADUNG

Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich
Dienstag, 5. Februar 2013, 19.30 Uhr

Restaurant Muggenbühl (Pavillon), Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich

Traktanden:

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmzähler
3. Parolenfassung zu folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013
 - Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht.
 - Änderung der Gemeindeordnung
Referent: Gemeinderat Sven O. Dogwiler
 - Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Grundkapital von 80 Mio. Franken (Umsetzung einer Volksinitiative)
Referent: Gemeinderat Urs Fehr
4. Diverses

Im Anschluss an die offiziellen Traktanden informiert Nationalrat und Kantonal-Parteipräsident Alfred Heer

über die wichtige, kantonale Abstimmungsvorlage

BVK-Einmaleinlage Nein – Zürich darf kein 2. Griechenland werden!

Interessierte Parteimitglieder können (ohne Stimmrecht) an der Versammlung teilnehmen.



Inserieren Sie erfolgreich im «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern»

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 · Fax 044 924 20 79

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Einladung zur traditionellen Lichtmess

Samstag, 2. Februar 2013, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi, Schwamendingen

Regierungsrat **Ernst Stocker** und Regierungsrat **Markus Kägi** sowie Nationalrat und Parteipräsident **Alfred Heer** werden Worte an uns richten.

Moderation: **Christian Mettler**, Kantonsrat

Auch Sie und alle Besucher haben die Gelegenheit, auf dem Schiit-Stock unter freiem Himmel Ihre Meinung zu äussern.

Oberhalb Rest. Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, 8051 Zürich
(Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz)

Keine Parkplätze vorhanden.

Das Alphonduo **Otti Schindler/Karl Furrer** von der Alphonbläser-Vereinigung Zürich Stadt, stimmt dieses Jahr den einzigartigen Anlass ein.

Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen.

mit **Verpflegung
und Getränken**

Wintertagung 2013

Am 05. Februar 2013 von 08.30 bis 12.00 Uhr
im Mehrzwecksaal des Schulhauses „Eichi“ in Niederglatt

Tagungsthemen

- Schutz der Landwirtschaft und des Kulturlandes
 - Kulturlandinitiative: Aktueller Stand möglicher Umsetzungen und Auswirkungen
 - Neues Erwachsenenschutzrecht: Könnte mein Landwirtschaftsbetrieb davon betroffen sein?
- Agrarpolitik und Raumplanung: Der aktuelle Stand
 - Aktuelles aus der Steuerecke

Gastreferent

Hans Frei, Kantonsrat
und Präsident des Zürcher Bauernverbandes

Für schriftliche oder telefonische Anmeldung
bis 04. Februar 2013 danken wir bestens.

Rechts- und Steuerpraxis H. Zumstein AG
8155 Niederhasli
Tel. 044 851 50 70/Fax 044 851 50 80
info@h-zumstein-ag.ch/www.h-zumstein-ag.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Brennholzfräse mit Rolltisch. Telefon 052 337 41 07, 079 475 63 34.

6 Ster Buchenholz, 3-jährig, in Meter-spalten, pro Ster Fr. 95.–. Tel. 077 462 34 91.

Einige Ster Buchenholz, fein gespalten, 2 Jahre trocken gelagert, Telefon 044 926 18 87.

Inserate

Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70

Fax 044 924 20 79

inserate@zuercher-bote.ch

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss

jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

26. Februar 2013: Mitgliederversammlung SVP Zürich Kreis 7+8

Mit Nationalrat Christoph Mörgeli



Wir freuen uns, Sie herzlich zu unserer Mitgliederversammlung vom 26. Februar 2013 um 19.00 Uhr im Restaurant Elefant einzuladen. Unser Gastredner ist Nationalrat Christoph Mörgeli.

Anschließend an die Mitgliederversammlung findet ein gemeinsames Abendessen statt.

Wir freuen uns sehr auf Ihr Kommen.

Mit besten Grüßen

Urs Fehr
Präsident + Gemeinderat
SVP Zürich Kreis 7+8

Ort: Restaurant Elefant
Witikonstrasse 279
8053 Zürich

Zeit: 19.00 Uhr bis ca. 21.00 Uhr



Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»
Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen!

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79

fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Akeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION**Kantonsrat / Fraktion**

Montag, 4. Februar 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM**Bezirk Bülach / Embrach**

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggli Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Partehöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstr. 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**

Montag, 11. März 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Museum Sasso San Gottardo. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen: svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Uster / Egg

Freitag, 15. Februar 2013, 19.00 Uhr, Rotblattstübli, Esslingen, Racletteplausch.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8

Dienstag, 26. Februar 2013, 19.00–21.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonstrasse 279, Zürich, Mitgliederversammlung mit Gastredner Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgele.

Anschließend an die Mitgliederversammlung findet ein gemeinsames Abendessen statt. Organisation: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7 und 8.

Stadt Zürich / Kreis 10

Donnerstag, 28. Februar 2013, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Limmatberg, Höngg, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 11

Freitag, 1. Februar 2013, 19.00 Uhr, Vereins- hütte des Hundevereins SKG (Nähe Versuchsanstalt Reckenholz, Reckenholzstrasse, Zürich), Fondue-Plausch. Portion Fondue pro Person: Fr. 22.–. Der Anlass ist öffentlich. Wir bitten um Anmeldung bei Daniel Regli, Telefon 044 372 03 26, svp.zh11@bluewin.ch; Hüftenwart Thomas Schwendener, Natel 079 405 58 00 oder bei Walter Isliker, walterisliker@gmail.com.

Stadt Zürich / Kreis 12

Samstag, 2. Februar 2013, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopffstrasse, Zürich (Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nrn. 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz – keine Parkplätze vorhanden), traditionelle Lichtmess. Die Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi sowie Nationalrat und Parteipräsident Alfred Heer werden Worte an Sie richten. Moderation: Kantonsrat Christian Mettler, Kreisparteipräsident SVP 12. Das Alphonduo Otti Schindler / Karl Furrer von der Alphonbläser-Vereinigung Zürich Stadt stimmt dieses Jahr den einzigartigen Anlass ein. Gratis-Verpflegung und Getränke.

SVP Stadt und Winterthur Land

Dienstag, 5. Februar 2013, 18.30 Uhr, Werkstatt Burckhardt Compression AG, Industriepark Sulzer Oberwinterthur, Im Link 5, Winterthur, öffentliche Podiumsveranstaltung zur eidgenössischen Abstimmung vom 3. März 2013 über die Minder-Initiative. Pro: Marcel Hablützel, Unterstützungskomitee, Winterthur. Kontra: Valentin Vogt, VR-Präsident Burckhardt Compression Holding AG / Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband. Moderation: Stefan Nägeli, Programmleiter Tele Top AG. Anschließend an die Veranstaltung wird ein Apéro angeboten. Parkplätze vorhanden.

SVP-FRAUEN**SVP-Frauen Stadt Zürich**

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhock.

Montag, 26. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 28. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 3. MÄRZ 2013**Bezirk Andelfingen**

Mittwoch, 13. Februar 2013, 20.15 Uhr, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Andelfingen, Podiumsdiskussion zur Minder-Initiative, mit Nationalrat Cédric Wermuth (SP, pro) und Kantonsrat Claudio Zanetti (SVP, contra).

Bezirk Horgen / Horgen

Samstag, 2. Februar 2013, 10.30 Uhr (anschliessend Apéro), Foyer Schinzenhof Horgen, Podiumsdiskussion zum «Raumplanungsgesetz». Teilnehmer: Pro: Thomas Weibel, Nationalrat GLP, contra: Martin Arnold, Kantonsrat SVP. Moderation: Philipp Kleiser, Redaktionsleiter Zürichsee Zeitung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Montag, 4. Februar 2013, 18.00 Uhr, Volkshaus, in der Lounge im weissen Saal, Stauffa-

IMPRESSUM**Der Zürcher Bote**

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:

print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

cherstrasse 60, Zürich, 9. Aperitif-Podium zum Thema «Frauenquoten – Ein Beitrag zur Gleichstellung oder Männerdiskriminierung?». Podiumsteilnehmende: Andrea Gisler, Präsidentin Zürcher Frauenzentrale; Esther Guyer, Kantonsrätin Grüne, Fraktionspräsidentin; Min Li Marti, Gemeinderätin SP, Fraktionspräsidentin und Claudio Zanetti, Kantonsrat SVP. Moderation: Tobias Keller, Redaktor Handelszeitung Online. Tische für das Abendessen können unter 044 242 11 55 reserviert werden.

Samstag, 23. Februar 2013, 10.30–16.00 Uhr, Markthalle Toggenburg, Wattwil SG, 13. Nationaler SVP-Jasscup, mit Bundespräsident Ueli Maurer sowie National- und Ständeräten der SVP. Modus: Schieber mit zugelostem Partner, 4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele. Kartenart: Französische und Deutschschweizer Karten. Preise: Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger. Schätzwettbewerb: 1. Preis Fr. 300.–; 2. Preis Fr. 200.– und 3. Preis Fr. 100.–. Teilnahmegebühr: Fr. 30.– Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen; Fr. 25.– Mittagessen (Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich). Teilnehmer: Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Organisation: SVP Wattwil unter der Leitung von OK-Präsident Hansueli Hofer und Nationalrat Felix Müri. Experte: Hans Bachmann, ex Jass-Schweizermeister. Türöffnung 9.00 Uhr. Anmeldung (Platzbeschränkung): E-Mail: imobersteg@svp.ch, Anmeldetalon unter www.svp.ch, Telefon 031 300 58 58.

Freitag, 22. März 2013, 20.00 Uhr, Oetwil am See (genauer Ort folgt), Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Politik aktuell» im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oetwil a. S.

Montag, 25. März 2013, 20.00 Uhr, Alders Restaurant, Zürichstrasse 22, Aathal-Seegräben, Streitgespräch zu aktuellen politischen Themen mit Nationalrat Hans Fehr, SVP, und Nationalrätin Jacqueline Badran, SP. Veranstalterin: SVP Bezirk Hinwil.

MOTORRAD-CLUB SVP**Swiss Moto**

Freitag, 22. Februar 2013, 19.30 Uhr, Zürich-Oerlikon, Holiday Inn (vis-à-vis des Messezentriums), gemeinsames Nachtessen. Vorab individuelle Besichtigung der Zweirad-Swiss-Moto-Ausstellung in der Messe Zürich beim Hallenstadion.

Kantonsfinanzen frisieren? Verfassungswidrige Verbuchung Einmaleinlage **NEIN**
www.einmaleinlage-nein.ch
grünliberale jungfreisinnige SVP

Öffentliche Podiumsveranstaltung zur eidgenössischen Abstimmung vom 03. März 2013



Winterthur, im Januar 2013

Podiumsgespräch vom Dienstag, 05.02.2013 zur Abstimmung über die Minder-Initiative

Ort: Werkstatt Burckhardt Compression AG – Industriepark Sulzer Oberwinterthur Im Link 5 – 8404 Winterthur

Zeit: 18.30 Uhr

Parkplätze: vorhanden

Pro: Marcel Hablützel, Unterstützungskomitee, 8408 Winterthur

Kontra: Valentin Vogt, VR Präsident Burckhardt Compression Holding AG / Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Moderation: Stefan Nägeli, Programmleiter Tele Top AG

Einladung durch SVP Stadt und Winterthur Land

Anschließend an die Veranstaltung wird ein Apéro angeboten.

Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer.



Wann: Samstag, 19. Februar 2011

Beginn 10.30 - ca. 15.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Ort: Sporthalle Schwarz, 8630 Rüti (ZH)

Organisation

Durch die SVP Kanton Zürich mit OK-Präsident und Jass-Obmann der SVP Schweiz, Nationalrat Bruno Zupziger und OK-Vizepräsident Kantonsrat Hansheirich Heusser

Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, alle vier Passen werden gewertet). Detailliertes Reglement liegt auf.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

**Jasscup der SVP Samstag, 19. Februar 2011 in Rüti (ZH)****11. Nationaler SVP Jasscup mit der SVP-Fraktion****Anmeldetalon**

Ich melde mich für den 11. Nationalen SVP-Jasscup an:

Deutschschweizer Karten Französische Karten Kartenzuteilung egal

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

Talon bis zum Freitag, 11. Februar 2011 einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Tel 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - E-Mail imobersteg@svp.ch